

Die außenwirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland — Ein Strukturproblem *

Dr. Werner Glastetter, Jahrgang 1937, hat in den letzten Jahren verschiedene Aufsätze in den Gewerkschaftlichen Monatsheften veröffentlicht. Er ist Wissenschaftlicher Referent beim WSI in Düsseldorf.

I. Der Sachverhalt

1. Im Rahmen der aktuellen konjunkturpolitischen Diskussion wird immer wieder die Notwendigkeit einer „außenwirtschaftlichen Absicherung“ hervorgehoben. Die Argumentation ist bestechend einfach: Eine Volkswirtschaft könne keine „(Preis-)Stabilitätsinsel“ bleiben, wenn — bei freiem Leistungs- und Kapitalverkehr — in den Partnerländern der Preisauftrieb anhalte. Unter diesen Bedingungen werde Inflation „importiert“. Die Argumentation läßt freilich eine wichtige Frage offen: Ist das Problem der außenwirtschaftlichen Verflechtung der BRD wirklich nur im Sinne des internationalen Konjunktur- und Preisgefälles interpretierbar — und insofern von daher auch gestaltbar? Oder verbirgt sich dahinter nicht vielmehr eine Trendentwicklung, die zunehmend bestimmte Strukturen — einschließlich bestimmter Verhaltensmuster — hervorruft? Die Frage läßt sich nur im Rahmen einer langfristigen Trendbetrachtung beantworten, denn diese zeigt Sachverhalte auf, die signifikante Struktur Tendenzen sichtbar machen.

Wir beschränken uns auf zwei ausgewählte Struktur Tendenzen: einmal — gemessen an den Ergebnissen des Waren-Spezialhandels — hinsichtlich der Integration der BRD in die Weltwirtschaft; zum zweiten — gemessen an den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — hinsichtlich der Rückwirkung dieser Integration auf die Nachfragestruktur in der BRD selbst. Um die verzerrenden Effekte des Korea-Booms auszuschalten, wurden die Jahre 1950 bis 1952 ausgeklammert und nur der Zeitraum von 1953 bis 1973 betrachtet. Um Strukturentwicklungen sichtbar zu machen, wurde der Gesamtzeitraum in

*) Der nachfolgende Beitrag enthält einige Überlegungen, die — ausgewählt und aktualisiert — der vom Verfasser im November 1973 veröffentlichten Studie „Die Stellung der Bundesrepublik Deutschland in der Weltwirtschaft (Eine Bestandsaufnahme)“, WSI-Studie Nr. 25, entnommen sind. Die Studie enthält auch entsprechende Literaturhinweise, auf die in diesem Beitrag verzichtet wurde.

drei gleich große Tertiale — 1953 bis 1959, 1960 bis 1966, 1967 bis 1973 — unterteilt.

2. Was die Integration der BRD in die Weltwirtschaft angeht, vermittelt *Tabelle 1* einige wichtige Ergebnisse. Zunächst zeigt sich, daß — gemessen an den durchschnittlichen jährlichen Veränderungsdaten — der Welthandel von Tertial zu Tertial ein zunehmendes Wachstumstempo aufweist. Allerdings fällt auf, daß die Beschleunigung im dritten Tertial weniger auf eine reale Substanz als vielmehr auf eine deutliche Preisaufblähung (gemessen an der Durchschnittswertentwicklung) zurückzuführen ist.

Für die Rolle der BRD verdienen drei Entwicklungstendenzen besondere Beachtung:

— Zunächst zeigt sich, daß das Wachstumstempo des BRD-Außenhandels im Vergleich zum Weltdurchschnitt im gesamten Betrachtungszeitraum überdurchschnittlich ist. Als Folge davon ergeben sich von Tertial zu Tertial deutlich *zunehmende Anteilsquoten* am Welthandel, die zwei Charakteristika aufweisen: Die Anteilsquoten liegen (nominal wie real) bei der Warenausfuhr höher als bei der Wareneinfuhr; die Anteilsquoten sind (bei Aus- und Einfuhr) tendenziell real noch höher als nominal.

— Ein Vergleich der absoluten Außenhandelsvolumina zeigt im Außenhandel der BRD eine *strukturelle Überschußposition*. Besonders auffallend ist, daß von dem im Gesamtzeitraum erzielten nominalen Überschuß von knapp 200 Mrd. DM mit ca. 130 Mrd. DM zwei Drittel allein im dritten Tertial erreicht wurden — und dies obwohl gerade im dritten Tertial die D-Mark mehrere Aufwertungen erfuhr.

— Schließlich zeigt sich beim BRD-Außenhandel — im Vergleich zum Welthandel — eine deutlich *andere Preisentwicklung*. Bei der BRD-Einfuhr entwickelten sich die Preise gerade entgegengesetzt zu den Weltmarktpreisen; die BRD-Ausfuhrpreise zeigen zwar von Tertial zu Tertial ansteigende Raten, die sich aber — gerade im dritten Tertial — ebenfalls sehr deutlich vom Weltmarktniveau abheben. M. a. W.: Der Anstieg der Weltmarktpreise hat weder die deutschen Einfuhren verteuert noch einen vergleichbaren Anstieg der deutschen Ausfuhrpreise ausgelöst.

3. Was nun die Rückwirkung dieser Integration der BRD in die Weltwirtschaft auf die Nachfragestruktur der BRD betrifft, so ergibt sich aus *Tabelle 2* folgender zentrale Sachverhalt: Gemessen an den durchschnittlichen jährlichen Veränderungsdaten zeigt die binnenwirtschaftliche Nachfragestruktur in jeweiligen Preisen von Tertial zu Tertial ein relativ stabiles Wachstumstempo, das sich im Gesamtzeitraum im Durchschnitt der gesamten Inlandsnachfrage bei einer Wachstumsrate von gut 9 vH, beim Privaten Verbrauch bei ca. 8,5 vH und bei den Ausrüstungsinvestitionen bei ca. 10,5 vH einpendelte. Es fällt indessen auf,

Entwicklung des Warenspezialhandels

Aggregat	1953 bis 1959	1960 bis 1966	1967 bis 1973 ¹⁾	1953 bis 1973 ¹⁾
— Absolute Werte (in gerundeten Mrd. DM) —				
BRD-Ausfuhr (fob)				
— in jeweiligen Preisen	212	428	890	1530
— (vH der Weltausfuhr)	(7,2)	(9,5)	(10,9)	(9,8)
— in Preisen von 1962	220	423	847	1490
— (vH der Weltausfuhr)	(7,6)	(9,6)	(12,3)	(10,5)
BRD-Einfuhr (cif)				
— in jeweiligen Preisen	186	391	759	1336
— (vH der Welteinfuhr)	(6,1)	(8,2)	(8,9)	(8,2)
— in Preisen von 1962	168	384	763	1315
— (vH der Welteinfuhr)	(5,7)	(8,3)	(10,4)	(8,8)
— Durchschnittliche jährliche Veränderungsraten (in vH) —				
Weltausfuhr (fob)				
— in jeweiligen Preisen	+ 5,5	+ 7,8	+ 10,3	+ 7,9
— in Preisen von 1962	+ 6,5	+ 6,7	+ 5,9	+ 6,4
— Durchschnittswerte	— 0,9	+ 1,0	+ 4,3	+ 1,5
Welteinfuhr (cif)				
— in jeweiligen Preisen	+ 5,1	+ 7,9	+ 10,1	+ 7,7
— in Preisen von 1962	+ 6,7	+ 7,1	+ 6,0	+ 6,6
— Durchschnittswerte	— 1,6	+ 0,7	+ 4,1	+ 1,1
BRD-Ausfuhr (fob)				
— in jeweiligen Preisen	+ 13,7	+ 10,1	+ 12,1	+ 12,0
— in Preisen von 1962	+ 13,7	+ 9,3	+ 11,2	+ 11,4
— Durchschnittswerte	± 0,0	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6
BRD-Einfuhr (cif)				
— in jeweiligen Preisen	+ 12,4	+ 10,8	+ 11,2	+ 11,5
— in Preisen von 1962	+ 15,7	+ 10,8	+ 11,8	+ 12,8
— Durchschnittswerte	— 2,9	± 0,0	— 0,4	— 1,1
¹⁾ Der Wert für das Jahr 1973 ist geschätzt. Quellen: Statistisches Bundesamt: Statistische Jahrbücher; eigene Berechnungen.				

Tabelle 2

Entwicklung der Nachfrage
 — Durchschnittliche jährliche Veränderungsraten in vH —

Aggregat	1953 bis 1959	1960 bis 1966	1967 bis 1973 ¹⁾	1953 bis 1973 ¹⁾
Gesamtausfuhr				
— in jeweiligen Preisen	+ 15,8	+ 9,5	+ 12,0	+ 12,4
— in Preisen von 1962	+ 15,1	+ 8,1	+ 10,7	+ 11,3
— Preisentwicklung	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,0
Gesamteinfuhr				
— in jeweiligen Preisen	+ 15,7	+ 11,1	+ 11,6	+ 12,8
— in Preisen von 1962	+ 19,2	+ 10,4	+ 11,1	+ 13,6
— Preisentwicklung	— 2,6	+ 0,6	+ 0,5	— 0,5
Inlandsnachfrage				
— in jeweiligen Preisen	+ 9,1	+ 9,2	+ 9,6	+ 9,3
— in Preisen von 1962	+ 7,5	+ 5,6	+ 4,7	+ 5,9
— Preisentwicklung	+ 1,5	+ 3,4	+ 4,6	+ 3,2
Privater Verbrauch				
— in jeweiligen Preisen	+ 8,5	+ 8,4	+ 8,7	+ 8,5
— in Preisen von 1962	+ 7,6	+ 5,6	+ 4,6	+ 5,9
— Preisentwicklung	+ 0,9	+ 2,7	+ 4,0	+ 2,5
Ausrüstungsinvestitionen				
— in jeweiligen Preisen	+ 10,9	+ 10,0	+ 10,3	+ 10,4
— in Preisen von 1962	+ 10,6	+ 7,7	+ 7,2	+ 8,5
— Preisentwicklung	+ 0,3	+ 2,2	+ 2,8	+ 1,8
<p>¹⁾ Der Wert für 1973 ist geschätzt. Quellen: Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik; eigene Berechnungen.</p>				

daß sich hinter dieser scheinbaren „Stabilität“ zwei entgegengesetzt verlaufende Prozesse verbergen: *rückläufiges reales Wachstum* bei einem sich *beschleunigenden Preisauftrieb*.

Die Einbeziehung der Auslandsverflechtung — hier: Waren- und Dienstleistungsverkehr — weist zwei entscheidende Sachverhalte aus:

— Die Wachstumsraten der gesamten Aus- und Einfuhr sind — nominal wie real — im Vergleich zum inländischen Wachstumsprozeß deutlich überdurchschnittlich. Die Konsequenzen sind naheliegend. Faßt man In- und Auslandsnachfrage zu einer fiktiven Gesamtnachfrage zusammen, so ergeben sich von Tertial zu Tertial *steigende Anteilsquoten der Auslandsnachfrage*. So stieg der Anteil der Gesamtausfuhr an der Gesamtnachfrage in jeweiligen Preisen von knapp 16 vH (erstes Tertial) auf über 19 vH (drittes Tertial); zu konstanten Preisen war der Anstieg noch ausgeprägter: von ca. 14,5 vH (erstes Tertial) auf ca. 22,5 vH (drittes Tertial). Der entsprechend korrespondierende Rückgang der Inlandsnachfrage fand seinen Niederschlag insbesondere beim Privaten Verbrauch, dessen reale Anteilsquote von über 50 vH (erstes Tertial) auf ca. 45 vH (drittes Tertial) sank, sowie beim Staatlichen Verbrauch, dessen reale Anteilsquote von knapp 13 vH (erstes Tertial) auf knapp 11 vH (drittes Tertial) zurückging. Demgegenüber konnten die Ausrüstungsinvestitionen ihre reale Anteilsquote von ca. 8,5 vH (erstes Tertial) auf knapp 10 vH (drittes Tertial) sogar steigern.

— Der zweite Sachverhalt betrifft wiederum die Preisentwicklung. Der Vergleich der Entwicklung des Binnenpreisniveaus mit dem Außenpreisniveau zeigt unverkennbar *unterschiedliche Preisentwicklungstendenzen*. Während Inlandspreise — sowohl im generellen Durchschnitt als auch beim Privaten Verbrauch und den Ausrüstungsinvestitionen — von Tertial zu Tertial spürbar anzogen, zeigt die Preisentwicklung bei der Gesamtausfuhr ein deutlich anderes Bild: Die Beschleunigung vom ersten zum zweiten Tertial war zwar auch gegeben, vollzog sich aber in erheblich bescheidenerem Rahmen und im Vergleich zum dritten Tertial war der Preisauftrieb — wenn auch nur geringfügig — sogar etwas schwächer, und dies sowohl bei der Preisentwicklung der gesamten Ausfuhr als auch bei jener der gesamten Einfuhr.

II. Die Problematik

4. Es steht außer Zweifel, daß der Aggregationsstand des vorgelegten empirischen Befundes sehr hoch ist; die Interpretation muß deshalb mit äußerster Vorsicht erfolgen. Folgende Feststellung erscheint aber statthaft: Ein Vergleich der Weltmarktpreisentwicklung mit dem binnenwirtschaftlichen Preisauftrieb zeigt einerseits eine verblüffende Gleichläufigkeit (insbesondere im dritten Tertial); andererseits erscheint aber die — in der konjunkturpolitischen Tagesdiskussion immer wieder herausgestellte — Konstruktion eines „direkten Preiszusammen-

hanges" sehr problematisch. Denn der Auftrieb bei den Weltmarktpreisen begründete (zumindest im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt):

— weder einen *Kostendruck* über entsprechende Importpreissteigerungen (tatsächlich zeigen diese im Gesamtzeitraum eine sinkende Tendenz),

— noch einen *Sog-Effekt* (i. S. von Signalwirkungen für andere Wirtschaftsbereiche) über entsprechende Exportpreissteigerungen (denn diese paßten sich dem Weltmarktpreisniveau auch nicht an).

Insofern erweist sich der Schluß von Weltmarktpreis- auf Binnenpreisniveau als eine verkürzte Schlußfolgerung, weil das „Zwischenglied“ — die Außenhandelspreisentwicklung der BRD — ein anderes Preisverhalten aufweist, und eben dieser Sachverhalt berechtigt zu der Vermutung, daß

— der binnenwirtschaftliche Preisauftrieb nicht eine Folge der Weltmarktpreisentwicklung ist, sondern eher ein Versuch, Preiszugeständnisse im Ausland durch Preiserhöhungen im Inland zu kompensieren;

— und daß die Preiszugeständnisse — durch die DM-Aufwertungen sicher noch zusätzlich provoziert — gemacht wurden, um die Position auf dem Weltmarkt zu halten bzw. auszubauen. Der empirische Befund zeigt, daß in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten beides gelungen ist. Die Folgen sind bekannt: Offensichtlich unberührt von Konjunkturschwankungen und Preisgefälle hat sich eine strukturelle Überschußposition herausgebildet — für den Gesamtzeitraum 1953 bis 1973 betrug der erzielte nominale Außenbeitrag 2 vH des im gleichen Zeitraum erwirtschafteten nominalen Bruttosozialproduktes — und dies als Resultante eines offensichtlich gezielten preispolitischen Verhaltens. An diese Feststellung knüpft sich die zentrale Frage, wie diese Überschußposition zu beurteilen ist.

5. Die Integration der BRD in die Weltwirtschaft — einschließlich der dadurch begründeten Überschußposition — hatte einerseits in der Nachkriegszeit zweifelsohne positive wohlstandspolitische Effekte. Sie begünstigte den Wachstumsprozeß und trug entscheidend zur Rückgewinnung der Vollbeschäftigung bei, weil der Investitionsprozeß zusätzliche Impulse erfuhr und diese multiplikativ in die Binnenwirtschaft hineintrug. Andererseits ist aber nicht zu übersehen, daß eine permanente Überschußposition — bei der reale Substanz (Güter/Dienste) gegen reine Nominalwerte (Forderungen/Devisen) eingetauscht wird — die mögliche Versorgung der Binnenwirtschaft verringert. Ist dies Wachstums- und verteilungspolitisch nicht mehr zwingend begründbar — etwa weil Vollbeschäftigung erreicht ist — verkehrt eine Aufrechterhaltung oder gar Erhöhung der Überschußposition den einmal positiven wohlstandspolitischen Effekt ins Gegenteil, weil er gesamtwirtschaftliche Ressourcen (Arbeitskräfte und Kapital) für Ziele bindet, die schon erreicht sind und die Realisierung anderer Ziele (z. B. bessere Kollektivgüterversorgung) verhindert. Hinzu kommt, daß — wie aus der Kreislauf-

analyse unschwer nachzuweisen ist — eine permanente Überschußposition verteilungspolitisch bedenkliche Nebenerscheinungen hat, weil sie die Gewinneinkommen auf Kosten der Arbeitnehmereinkommen begünstigt und damit den ohnehin bestehenden *Verteilungskonflikt* verschärft.

6. Eng mit der wohlstandspolitischen Problematik hängt ein zweiter Problemkomplex zusammen: Vielfach wurde (und wird noch heute) argumentiert, daß ein Handelsüberschuß zur konjunkturellen Stabilisierung beitrage, weil

— einerseits das Ausweichen auf internationale Märkte eine wichtige Voraussetzung dafür schaffe, daß bestehende (und durch den Investitionsprozeß laufend erhöhte) Kapazitäten ausgelastet werden, wodurch *Depressionsgefahren* vermindert würden;

— andererseits gerade das Hineinwachsen der (über den Auslandsabsatz gesicherten) Produktion in kostengünstigere Dimensionen (Gesetz der Massenproduktion) zu Kostenentlastungen führe und damit auch *Inflationsgefahren* entgegenwirke.

Indessen: So wenig wie das Wohlstandsargument vermag das Stabilitätsargument noch zu überzeugen. Schon prinzipiell bedeutet eine permanente Überschußposition, daß bei einer — im Zuge der Exportgüterproduktion — gegebenen Einkommens- und damit Nachfrageentwicklung im Inland eben durch den Überschuß das inländische Angebotspotential verknappt und damit inflationäre Tendenzen begünstigt werden. Treten noch „Kompensationseffekte“ (s. o.) hinzu, werden diese Tendenzen beschleunigt. Auch das Stabilitätsargument beginnt somit suspekt zu werden.

7. Schließlich wird vielfach hervorgehoben, daß ein Handelsbilanzüberschuß für die BRD günstige integrationspolitische Effekte habe. Die Argumentation ist naheliegend: Ein permanenter Überschuß ermögliche es der BRD, einmal eine Devisenreserveposition aufzubauen, zum zweiten Defizite im Dienstleistungs- und Übertragungsbereich abzudecken, zum dritten schließlich (politisch) notwendige Verpflichtungen (Entwicklungshilfe, Wiedergutmachung etc.) einzugehen — und dies alles, ohne in eine Schuldenposition zu geraten, die die BRD veranlassen müßte, eine Desintegrationspolitik zu praktizieren (Importhemmnisse, Devisenbewirtschaftung etc.). Doch auch diese Argumentation übersieht zweierlei:

— Die Argumentation ist einmal in sich widersprüchlich. Ein Beispiel mag dies veranschaulichen: Wenn in der BRD z. B. ausländische Arbeitnehmer in der Exportindustrie eingesetzt werden, um einen Handelsüberschuß zu erzielen, der wiederum dazu benutzt wird, um die Einkommenstransfers dieser Arbeitnehmer in ihre Heimatländer (gleich Übertragungsdefizite) zu finanzieren, wird die Argumentation zu einem Widerspruch in sich.

— Die Argumentation ist zum zweiten einseitig. Jeder Überschuß der BRD bedeutet ein korrespondierendes Defizit bei den Partnerländern. Verhindert ein

Überschuß auch eine Desintegrationspolitik im Überschußland, provoziert er doch diese im Defizitland, das notwendigerweise in devisenpolitische Schwierigkeiten — direkt oder über den Schuldendienst indirekt — kommt. Der Integrations-effekt ist insofern nicht gegeben, sondern wird in sein Gegenteil verkehrt.

III. Die Konsequenz

8. Die in groben Strichen aufgezeigte Problematik, die aus der Überschußposition resultiert, dürfte deutlich machen, daß hier eine wirtschaftspolitische Aufgabe auf die BRD zukommt, die weiter reicht als das — durchaus bestehende — Problem der außenwirtschaftlichen Absicherung aus der kurzfristig orientierten konjunkturpolitischen Sicht. Denn hier entsteht zunehmend ein Strukturproblem, und daraus ergeben sich vorab zwei Konsequenzen:

— Vielfach wird die These vertreten, die strukturelle Handelsüberschußposition hinzunehmen und die Zahlungsbilanz über entsprechende Kapitalexporte zum Ausgleich zu bringen. Man erhofft sich von dieser Lösung zweierlei: Einmal einen integrationspolitischen Beitrag (die Defizitländer kommen nicht in devisenpolitische Engpässe); zum zweiten einen stabilitätspolitischen Beitrag (Vermeidung der aus der Überschußposition resultierenden binnenwirtschaftlichen Überliquidisierung). — Doch diese Lösung erscheint äußerst problematisch. Die *Schuldendienstbelastung* für die Defizitländer bleibt ebenso bestehen wie die *inflationfördernde Angebotsverknappung* im Inland. Vor allem aber bleibt die mit einem permanenten Handelsüberschuß verbundene *Wohlstands- und verteilungspolitische Problematik* voll bestehen.

— Aus diesen Überlegungen ergibt sich notwendigerweise: Die außenwirtschaftspolitische Aufgabe der Zukunft stellt sich nicht in der Frage, wie die strukturelle Überschußposition über Kapitalexporte a posteriori kompensiert, sondern wie sie a priori abgebaut, d. h. auf eine Größenordnung reduziert werden kann, die *zahlungsbilanzpolitisch vertretbar* erscheint. Doch hierbei ergibt sich eine unverkennbare Schwierigkeit. Der über zwei Jahrzehnte andauernde Wirtschaftsprozeß hat die Entwicklung von *Investitionsstrukturen* begünstigt, die eine kurzfristige Reduzierung der Überschußposition (es sei denn um den Preis tiefgreifender Depressionstendenzen) illusionär erscheinen läßt. Daraus folgt aber nichts anderes als dies: Es kann nicht darum gehen, kurzfristig Exportdrosselungen bzw. Importforcierungen zu provozieren; das eigentliche Problem zeigt sich vielmehr darin, durch Beeinflussung künftiger Investitionsstrukturen der Problematik der Überschußposition Rechnung zu tragen.

9. Die Frage, die sich somit stellt, ist: Wie kann diese Investitionsstruktur so für die Zukunft gesteuert werden, daß sie dem anstehenden außenwirtschaftlichen Problem gerecht wird; konkret, daß die Investitionen in der Exportindustrie ebenso wie in der den (preisgünstigeren) Import substituierenden Industrie auf

ein Maß reduziert werden, das gesamtwirtschaftlich vertretbar erscheint. Zwei Lösungen werden in diesem Zusammenhang angeboten:

— Einmal die rein marktwirtschaftliche Lösung in der Form der vollständigen *Wechselkursfreigabe*. Die Erwartung geht dahin, daß sich ein sog. „marktgerechter“ Wechselkurs herausbildet, der quasi automatisch Überschußpositionen — über einen entsprechenden Aufwertungseffekt, der Exporte erschwert und Importe begünstigt — abbaut. Das zweifellos elegante theoretische Modell hat freilich einen Nachteil: Es hat mit der Realität nur sehr bedingt etwas zu tun, weil (wie die Erfahrung gezeigt hat) autonome Kapitalströme und Interventionen am Devisenmarkt (sog. „verschmutztes“ Floaten) die Herstellung eines „marktgerechten“ Wechselkurses erfolgreich verhinderten.

— Zum zweiten die bedingt „marktwirtschaftliche“ Lösung in der Form der *gezielten Aufwertung* — dies im Grunde ebenfalls in der Absicht, die Exporte zu erschweren bzw. die Importe zu begünstigen. Hier hat bislang die Erfahrung gezeigt, daß durch die zurückliegenden Aufwertungen der gewünschte Struktureffekt nicht erreicht werden konnte. Der Grund hierfür wird vor allem darin gesehen werden müssen, daß die Aufwertungsentscheidung immer wieder vor einer verhängnisvollen Alternative stand: entweder die Aufwertung so zu dimensionieren, daß sie (im Sinne eines sog. Vorhalteeffektes) die Gefahr heraufbeschwörte, die Binnenwirtschaft unter einem ständigen Deflationsdruck zu halten (mit den entsprechenden Gefahren für die Vollbeschäftigung) oder — um dies zu vermeiden — den Aufwertungssatz „vorsichtig“ zu dosieren, freilich unter Inkaufnahme fehlender Effizienz.

Beide Lösungsansätze lassen sich auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Sie gehen von der Erwartung aus, daß es genüge, im Rahmen einer Globalsteuerung „Daten“ zu setzen — der Marktmechanismus werde dann im Sinne der ökonomischen Rationalität „marktgerechte“ Investitionsstrukturen schaffen.

10. Daß diese Erwartung bislang getrogen hat, wird man darauf zurückführen müssen, daß die bestehenden Strukturen sich als hinreichend widerstandsfähig erwiesen haben gegenüber jenen globalen „incentives“, die eine Wechselkurspolitik nun einmal hervorbringt. Daraus folgt aber nichts anderes als die Notwendigkeit, auf die gesamtwirtschaftlichen Investitionsstrukturen gezielten Einfluß zu nehmen. Zwei Aspekte seien in diesem Zusammenhang festgehalten:

— Einerseits wird vielfach die These vertreten, daß (auch in der Außenwirtschaftspolitik) durch ein Hinausgehen über eine global wirkende Wechselkurspolitik dem *Dirigismus* Tür und Tor geöffnet werde, wodurch die ordnungspolitische Diskussion auch von dieser Seite her zusätzliche „gefährliche“ Impulse erhalte.

— Andererseits gewinnt diese ordnungspolitische Diskussion eine neue Qualität, wenn man davon ausgeht, daß auch im internationalen Raum sich in Form der nationalen Großkonzerne und der sog. multinationalen Unternehmen *neue*

Machtstrukturen gebildet haben, die in der Lage sind, den internationalen "Wettbewerb zu unterbinden und nationalstaatliche Wirtschaftspolitiken zu unterlaufen.

Wenn heute vielfach davon die Rede ist, den gesamtwirtschaftlichen Investitionsprozeß gezielter zu steuern, so geschieht dies auf Grund der generellen Einsicht, daß der sich in herkömmlichen Schemata vollziehende Wachstumsprozeß aus wohlstandspolitischer Sicht suspekt zu werden beginnt. Man wird sagen müssen, daß sich diese These auch aus dem (engeren) Blickwinkel der bestehenden außenwirtschaftlich orientierten Investitionsstruktur bestätigt; auch sie bedarf auf längere Sicht der gezielten Steuerung.